UNIVERSITÄT GREIFSWALD
Wissen lockt. Seit 1456

Medieninformation

Hohe Energiekosten können die Zufriedenheit mit der Demokratie erheblich senken

Universität Greifswald, 12.11.2026

Wenn Strom und Heizung immer teurer werden, bleibt vielen Haushalten weniger Geld zum Leben. Doch die finanziellen Folgen hoher Energiekosten reichen offenbar weiter: Sie können auch die Zufriedenheit der Menschen mit der Demokratie verringern. Das zeigt eine neue Studie von Laura Kettel von der Universität Greifswald und J. Sophia Wang von der Yale University. Besonders stark erkennbar ist dieser Zusammenhang bei Mieter*innen. Die Ergebnisse zeigen, dass steigende Energiekosten auch eine Herausforderung für die gesellschaftliche und demokratische Stabilität darstellen.

Für die in der Fachzeitschrift *Comparative Political Studies* veröffentlichte Studie untersuchten die Wissenschaftlerinnen die politischen Folgen von Energieausgaben in Deutschland zwischen 2016 und 2021. Dafür verknüpften sie Daten des Sozio-Oekonomischen Panels (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) mit regional aufgeschlüsselten Energiepreisen aus verschiedenen Postleitzahlgebieten. Mithilfe eines statistischen Verfahrens, das Rückschlüsse auf Ursache und Wirkung ermöglicht, analysierten sie, wie sich die finanzielle Belastung durch Strom und Heizung auf die Zufriedenheit mit der Demokratie auswirkt.

Das Ergebnis: Besonders deutlich zeigt sich der Zusammenhang bei Mieterhaushalten. Eine höhere monatliche Energiebelastung in der Größenordnung von rund 73 Euro geht bei ihnen mit einer deutlich geringeren Zufriedenheit mit der Demokratie einher. Auch bei Eigentümerhaushalten sinkt die Demokratiezufriedenheit, wenn die Energieausgaben steigen. Der geschätzte Effekt fällt hier etwas geringer aus. Damit sind beide Gruppen betroffen, Mieter*innen jedoch stärker.

Wenn Energiekosten das Haushaltsbudget belasten

Die Forscherinnen erklären diesen Unterschied mit einem sogenannten "Pocketbook-Effekt": Höhere Energieausgaben verringern das verfügbare Einkommen und wirken sich verschärfend auf die finanzielle Situation der Haushalte aus. Wer einen größeren Teil des Einkommens für grundlegende Bedürfnisse wie Heizung und Strom aufwenden muss, bewertet offenbar auch das Funktionieren der politischen Ordnung kritischer. Zusätzliche Analysen zeigen zudem, dass je stärker Haushalte durch Energiekosten finanziell belastet sind, desto geringer ist ihr auch Vertrauen in politische Institutionen wie Parlamente und Parteien.

Auch regionale Unterschiede spielen eine Rolle. In ländlichen Regionen können Energiepreise höher sein, während Wohnkosten dort häufig niedriger liegen als in Städten. Die finanzielle Gesamtbelastung lässt sich daher nicht allein anhand der Energiepreise oder der Wohnkosten beurteilen. "Wir müssen die starken regionalen Unterschiede im Blick behalten und Energie- und Wohnkosten gemeinsam betrachten, um die wirtschaftliche Belastung von Haushalten richtig einzuordnen", sagt Dr. Laura Kettel, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Greifswald und Mitautorin der Studie.

Demokratische Folgen hoher Energiepreise schon vor der Krise

Die Ergebnisse beziehen sich auf die Jahre 2016 bis 2021 und zeigen damit bereits für die Zeit vor der Energiekrise einen Zusammenhang zwischen steigenden Energiekosten und sinkender Demokratiezufriedenheit. "Unsere Studie macht deutlich, dass die finanziellen Belastungen durch Energiekosten schon vor den starken Preissteigerungen ab 2022 politische Auswirkungen haben können. Vor diesem Hintergrund ist es interessant zu fragen, wie sich die seither gestiegenen Kosten auf die Zufriedenheit mit der Demokratie auswirken", so Kettel.

Für die Energie- und Klimapolitik bedeutet das: Auch die sozialen Folgen steigender Energiekosten müssen berücksichtigt werden. Werden Haushalte finanziell stark belastet, kann das nicht nur ihre wirtschaftliche Situation, sondern auch ihre Zufriedenheit mit der Demokratie beeinträchtigen. Eine sozial ausgewogene Verteilung der Kosten ist daher wichtig für die gesellschaftliche Akzeptanz der Energiewende.

Weitere Informationen

Kettel, L., & Wang, J. S. (2026). Energy Burden and Satisfaction With Democracy: The Political Consequences of Market Risk in Germany. Comparative Political Studies, 0(0).
https://doi.org/10.1177/00104140261500761
https://journals.sagepub.com/doi/10.1177/00104140261500761

Die Studie "Energy Burden and Satisfaction with Democracy: The Political Consequences of Market Risk in Germany" wurde im Rahmen des ERC-Projekts "POLICITY" sowie durch die Carlsberg-Stiftung gefördert.

Ansprechpartnerin an der Universität Greifswald
Dr. Laura Kettel
Institut für Politik- und Kommunikationswissenschaft
Ernst-Lohmeyer-Platz 3, 17489 Greifswald
Telefon +49 3834 420 3173
laura.kettel obscureAddMid() uni-greifswald obscureAddEnd() de

www.linkedin.com/in/laura-kettel-7b3941417
@laurakettel.bsky.social